

presse

Schuldnerberatung ausbauen - Überschuldung senken

Zur Vorlage des SchuldnerAtlas 2011 erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack:

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Ausbau der Schuldnerberatungen. Die Bundesregierung muss den Druck auf die Länder erhöhen, um entsprechende Maßnahmen durchzusetzen. Die Gründe für die Überschuldung junger Personen liegen vor allem im prekären Arbeitsmarkt. Vollzeitarbeit bei geringen Einstiegsgehältern und befristeten Verträgen führen häufig dazu, dass junge Menschen Verpflichtungen eingehen, die sie nicht erfüllen können, erklärt Kerstin Tack.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Ausbau der Schuldnerberatungen. Die Bundesregierung muss den Druck auf die Länder erhöhen, um entsprechende Maßnahmen durchzusetzen.

Wir fordern zudem eine breite finanzielle Allgemeinbildung in den Schulen. Außerdem muss gesetzlich festgeschrieben werden, dass Pfändungsschutzkonten nicht teurer sind als Girokonten.

Mit dem SchuldnerAtlas 2011, den die Unternehmensgruppe Creditreform nun vorgestellt hat, zeichnet sie ein erschreckendes Bild: Trotz sinkender Arbeitslosenquote bleibt die Zahl der Schuldner in den letzten drei Jahren in etwa konstant. Die Studie zeigt auf, dass im Jahr 2011 6,41 Millionen Bürger

überschuldet sind - also in etwa jeder dreizehnte. Davon ist jeder vierte unter dreißig Jahren alt.

Die Gründe für die Überschuldung junger Personen liegen vor allem im prekären Arbeitsmarkt. Vollzeitarbeit bei geringen Einstiegsgehältern und befristeten Verträgen führen häufig dazu, dass junge Menschen Verpflichtungen eingehen, die sie nicht erfüllen können. Die gefühlte Wirtschaftskraft ist dabei höher als die reale.

Die Schuldnerberatungen können zur Lösung dieses Problems einen großen Anteil leisten. Dabei ist es besonders wichtig, dass Schuldner schnell einen Beratungstermin erhalten. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass sich die Schuldenspirale nicht weiterdreht und Betroffene Auswege aus ihrer Krise aufgezeigt bekommen. Momentan sind die Schuldnerberatungen weitgehend überlastet. Ein Termin kann oft erst Monate nach dem Erstkontakt eingeräumt werden. Eine zusätzliche finanzielle Ausstattung der Schuldnerberatungen ist daher dringend notwendig. Insbesondere auch, weil sich ab 01.01.2012 die Voraussetzungen für den Pfändungsschutz ändern. Dann wird Pfändungsschutz und Verrechnungsschutz grundsätzlich nur noch über Pfändungsschutzkonten hergestellt werden. Schuldner müssen über solche Tatsachen aufgeklärt werden.

Wir müssen junge Menschen besser auf die Teilnahme am Wirtschafts- und Finanzverkehr vorbereiten. Dazu gehört in erster Linie die bessere schulische Bildung in diesem Bereich. Wurde dies bisher versäumt, so liegt es in staatlicher Verantwortung eine solche Bildung im Rahmen der Schuldnerberatung wenigstens aufzufangen.